

Weg mit dem Notstand!

Die nächsten Angriffe von Schwarz-Blau richten sich gegen Ärmere und Arbeitslose. Es geht um „Bedarfsoorientierte Mindestsicherung“ (BMS), Arbeitslosengeld und Notstandshilfe. Geplant sind Kürzungen, Spaltung und die Erpressbarkeit von Arbeitslosen und Beschäftigten. Dafür setzt die Regierung auf Rassismus, um von den reichen Profiteuren abzulenken.

Seite 2

Kampf gegen Bolsonaro!

Am 28.10. wurde der reaktionäre Ex-Militär Bolsonaro zum Präsidenten Brasiliens gewählt. Der Hintergrund ist die tiefe wirtschaftliche Krise von 2014-15 und die verheerende Politik der „linken“ PT. Marcus Kollbrunner von Liberdade Socialismo e Revolução aus Brasilien berichtet über die ersten Proteste und schlägt Schritte für den Widerstand vor.

Seite 12

Schwerpunkt

USA – Politik für die Reichen und Elend für die Menschen. Trump zeigt das ganz klar, die Demokraten weniger offen. Ohne sozialistische Partei wird es keinen Ausweg geben.

Seiten 7-10



VORWÄRTS SLP)

Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 273 | 12.18
01.19

Sie sagen kürzen – wir sagen stürzen!

In der Berichterstattung der großen Medien wirkt es so, als säße die Regierung fest im Sattel. Doch dieser Eindruck entsteht einerseits aufgrund der Schwäche der „Opposition“ von SPÖ und Pilz – aber vor allem aufgrund der zahmen Haltung der ÖGB-Spitze. Nur das erlaubt der Regierung, mit ihrer Sozialabbau-Agenda, z.B. bei der Mindestsicherung oder beim AMS-Budget, weiterzumachen.

Klar, die Ausgangssituation für Widerstand dagegen ist schwierig: Jahr-

bauen. Anknüpfungspunkte dafür gibt es viele: Spontane Wutausbrüche von Menschen gegen Kanzler Kurz wie in Vorarlberg, Mobilisierungen gegen Abschiebungen oder auch die Donnerstagsdemos in verschiedenen Städten. Der teilweise erfolgreiche Widerstand bei der AUVA zeigt, dass diese Regierung besiegt werden kann. Die Warnstreiks im Metallbereich und bei der Eisenbahn haben das Potential von betrieblichem Widerstand aufblitzen lassen.



Schwarz-Blau ist nur scheinbar stabil. Erfolgreicher Widerstand ist möglich!

zehnte rassistischer Hetze und neoliberaler Propaganda haben Spuren hinterlassen – vor allem, weil dagegen keine linke Alternative aufgezeigt wurde. Und: nach Jahrzehnten der Sozialpartnerschaft fällt eine neue Widerstandskultur nicht vom Himmel. Wir müssen sie gemeinsam auf-

Wir haben die Chance, den Widerstand in den Betrieben mit dem auf der Straße zu verbinden: Die Donnerstagsdemos haben die Metaller*innen-Verhandlungen besucht und die Eisenbahner*innen unterstützt – Was wäre, wenn im Gegenzug Betriebsrät*innen für die Demos gegen die Regie-

zung mobilisieren würden? Wir sollten hier nicht auf den ÖGB warten, sondern selbst beginnen. Gegenseitige Besuche von Aktivist*innen und Betriebsrät*innen verschiedener Branchen bei Streikversammlungen können wichtige erste Schritte sein. Ein gemeinsamer bundesweiter

Streik- und Aktionstag aller Branchen, die verhandeln, würde die Kräfte bündeln. Branchen mit weniger Streikmöglichkeiten (z.B. Werbe KV, Handel) könnten sich den Mobilisierungen anschließen. Wenn wir die Arbeitskämpfe bei ÖBB, im Sozialbereich usw. mit dem Kampf gegen Sozialabbau und Rassismus verbinden, können wir die Regierung ordentlich ins Wanken bringen!

Michael Gehmacher

Die SLP schlägt vor:

- In Betrieb, Schule, Uni oder regional Aktionskomitees organisieren!
- Lokalen oder betrieblichen Widerstand aufgreifen und vernetzen!
- Aus dem Widerstand eine politische Alternative mit sozialistischem Programm aufbauen!



von Sonja Grusch Rituale machen Sinn. Sie geben ein Gefühl der Sicherheit. In Sicherheit können sich die Unternehmen hierzulande auch fühlen angesichts der zahmen Gewerkschaftsspitze. Nicht nur, dass sie den Kampf gegen 12/60 nach der Großdemonstration mit über 100.000 gestoppt hat. Auch der angekündigte „heiße Herbst“ war trotz einiger Warnstreiks eher eine lauwarme Sache. Wer den ÖGB kennt, hat nichts Anderes erwartet.

Das Problem bei der ganzen Sache: so führt die Gewerkschaftsspitze die eigene Organisation in die Bedeutungslosigkeit. Die Stärke und der Einfluss einer Gewerkschaft ergibt sich aus ihrer Möglichkeit, den Unternehmen das zu entziehen, was sie brauchen, um Profite zu machen: Die Arbeitskraft. Daraus, wie groß aus Sicht der Unternehmen die Gefahr ist, dass der Gegner, also die Gewerkschaft, ernst macht, ergibt sich die „Kompromiss“-Bereitschaft. Letztlich bedeu-

Weder Bellen noch Beißen

tet das: Nur wenn die Unternehmen sich fürchten, ist eine Verbesserung für die Beschäftigten möglich. Alle Hoffnungen auf die Wirkkraft „guter Argumente“, alles Gerede vom Boot, in dem man gemeinsam sitzen würde, wird angesichts der Notwendigkeit des Kapitals, Profite zu machen, um im Wettbewerb zu überleben, bedeutungslos. Wissen die Kapitalist*innen, dass die Gewerkschaft ohnehin nur ein bisschen ritualisiertes Säbelrasseln betreibt, dann gibt es keinen Grund für Zugeständnisse.

Die Gewerkschaftsspitze hofft, dass das Kapital sich für ihr „verantwortungsvolles“ Handeln revanchiert. Dafür bremsen Katzian & Co. eine kampfbereitere Basis aus. Das Zurückweichen der Gewerkschaftsspitzen rettet aber nichts, sondern ist die Basis, auf der die Gewerkschaften entmachtet werden können. Die Angriffe auf die Rechte von Beschäftigten werden intensiver. Wenn wir für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik eintreten, dann um kurzfristig Angriffe abzuwehren und langfristig die Gewerkschaften als Kampforganisationen zu erhalten.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 082020 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 2560000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Die geplanten Maßnahmen sind ein weiterer Schritt in Richtung eines österreichischen „Hartz 4“. Schon jetzt ist das Bild von der „sozialen Hängematte“, welches die Regierung zeichnet, eine Lüge: Auch bei vielen, die einen Job haben ist der Lohn oft derart gering, dass man gezwungen ist, um „Ausgleichszulage“ anzusuchen. Dies ist eine Aufstockung auf die Höhe der BMS (2018 gerade einmal 863€, also deutlich unter der Armutsgren-



Weg mit dem Notstand!

Seit dem Antreten der türkis/blauen Regierung arbeitet diese munter an der Erfüllung des langen Wunschkettels des ös-

ten in die Pensionsversicherung gewährleistet war.

Auch wenn an der „Mindestsicherung neu“

geben, um nicht das gleiche Schicksal zu erleiden. Niedriglohnjobs ohne Sicherheit bei unmenschlichen Arbeitsbedingungen sind die Folge.

Druck und Erpressung sind die Werkzeuge der Regierung.

terreichischen Kapitals. Der nächste Angriff richtet sich gegen Ärmere und Arbeitslose. Es geht um weitgehende Änderungen bei „Bedarfsorientierter Mindestsicherung“ (BMS), Arbeitslosengeld und Notstandshilfe. Letztere ist eine Versicherungsleistung, welche bisher nach Ablauf des Bezugs von Arbeitslosengeld in Höhe von 95% der bisherigen Bezüge bei weiterlaufender Einzahl-

noch geschraubt wird: Aus Sicht der Regierung geht es nicht nur um eine direkte Reduktion der Kosten für die „industrielle Reservearmee“, also die Arbeitslosen. Diese sollen auch leichter kontrollier- und erpressbar werden. Wer nicht spurt, verliert die Leistung. Außerdem erhöht sich so auch der Druck auf die „Noch-Beschäftigten“, da diese sich mit schlechterer Bezahlung zufrieden-

Ein weiterer Pluspunkt für die Herrschenden ist die Spaltung der Werk-tätigen. Bewusst versuchen sie uns in „Fleißige“ und „Faule“ zu spalten. Garniert mit altbekanntem Rassismus („arbeits-scheue AusländerInnen“) freuen sich die da oben, wenn wir uns hier unten gegenseitig beschuldigen.

Geld für eine Hängematte haben jetzt schon die wenigsten Bezieher*innen. Platz ist in einer 1-Zimmer-Woh-nung dafür eh nicht.

Moritz Erkl

Die wahren Schmarotzer



„Wir“ gegen „die“?

Besonders widerlich: Wer „mangelnde Deutschkenntnisse“ hat, soll bis zu 300 Euro weniger bekommen. Laut FPÖ geht es gegen „integrationsunwillige“ und „faule“ Migrant*innen. Tatsächlich werden gleichzeitig Deutschkurse gekürzt. Dieser Rassismus dient als Speerspitze des Klassenkampfes von oben. Denn die geplanten Maßnahmen treffen alle Menschen ohne viel Geld. 1/3 al-

ler Arbeitslosen, 121.000 Menschen, 80% davon Österreicher*innen würden nach den Regierungsplänen gar kein Geld mehr bekommen. Gerade ältere, Menschen mit Beeinträchtigungen oder Kranke sind betroffen. Migrant*innen trifft es besonders hart, gemeint sind wir aber alle. Darum braucht es auch einen gemeinsamen Kampf für höhere und gleiche Leistungen für Alle!



Heiße Luft

Hinter hohlen Worten über die Umwelt arbeitet die Regierung fleißig an ihrer Zerstörung. In der Novelle des Umweltverträg-

dass bestimmten Projekten seitens Regierung „besonderes öffentliches Interesse“ bestätigt werden kann – um sie dann

verschärfte kapitalistische Konkurrenz infolge der Krise. Alles, was dem Profit im Weg steht, muss weg.

tens gibt es genug zu tun, und das dringend – im Bildungswesen, im Gesundheitswesen, im Sozialbereich, Wohnungsbau, im Umwelt- und Klimaschutz. Wir brauchen gewerkschaftliche Kämpfe für echt grüne Jobs statt für umweltzerstörende Großprojekte.

Das Geld dafür ist bei den nicht investierten Profiten und den Superreichen. Wir kommen also an der Frage des Eigentums nicht vorbei. Über Energie und Infrastruktur müssen die Betroffenen entscheiden: KonsumentInnen, Beschäftigte, AnrainerInnen – nicht private Eigentümer, die damit Profite machen.

Helene Gärtner

Regierende reden viel über Umweltschutz und schaffen Fakten der Umweltzerstörung.

lichkeitsprüfungs-Gesetzes wird ein „Standortanwalt“ geschaffen, der die Interessen der Unternehmen vertritt. Es sollen die Profite besser und schneller durchgeboxt werden. Angedacht war eine automatische Genehmigung, nun ist ein automatischer Instanzenzug geplant. Parallel dazu wurde im Verfassungsrang das Standortentwicklungsgesetz geschaffen. Dieses sieht vor,

noch schneller und einfacher durchzusetzen. Quasi ein Grundrecht auf Profit. Gut versteckt in einem Abänderungsantrag: Umweltorganisationen dürfen nur mitreden, wenn sie 100 Mitglieder haben und deren Namen und Adressen offenlegen. Das ist eine Verletzung des Rechts, sich zu organisieren und nicht als Einzelperson angreifbar zu sein. Hintergrund dieser Maßnahmen ist die

Argumentiert wird natürlich mit Arbeitsplätzen. Doch erstens schaffen Unternehmen keine Jobs, weil ihnen „Investitionsanreize“ gegeben werden, sondern nur, wenn sie in der jeweiligen Marktlage Profite – auf Kosten der Arbeiter*innen – erwarten. Zweitens sind es Arbeiter*innen, die unter Umweltzerstörung leiden und dafür letztlich zahlen müssen. Drit-

Autos verkaufen statt Klimaschutz

Verkehrsminister Norbert Hofer hat sein 140 km/h-Projekt „positiv“ bilanziert und deshalb soll es ausgeweitet werden. Die „positive“ Bilanz lautet: Eh nur 1 bis 2 Prozent Emissionsanstieg. Ein starkes Stück Zynismus. Zu Feinstaub und Lärm wurden keine klaren Ergebnisse bekanntgegeben, die Unfallgefahr mit der Begründung beiseitegeschoben, es sei in diesem Zeitraum eh nix passiert.

Der Sachstandsbericht Mobilität des Umweltbundesamtes kommt (im Auftrag des Verkehrsministeriums!) zum Ergebnis, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen und Schnellstraßen einen wesentlichen Effekt auf die Treibhausgasemissionen hat. Das Umweltbundesamt hat in der Absenkung der Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 100 im hochrangigen Straßennetz (Autobahn, Schnellstraße) das effek-

tivste Reduktionspotential, nämlich um 450.000 Tonnen pro Jahr, gefunden.

Mit der jüngsten Idee, die Busspuren für Elektrofahrzeuge freizugeben, wird der öffentliche Verkehr im wahrsten Sinne des Wortes durch den Individualverkehr behindert. Ernstgemeinter Klimaschutz müsste umgekehrt vor sich gehen. Ein Schelm, wer bei der blauen Verkehrspolitik an die

Profite der Autoindustrie denkt.

Der „Luft-Hunderter“ wird demnächst entsprechend blauer Verkehrspolitik und schwarzer Umweltpolitik für emissionsfreie Fahrzeuge abgeschafft. Ein weiterer Schritt pro Individualverkehr und contra öffentlicher Verkehr, verbunden mit erhöhter Feinstaubbelastung. Die Öffis, vor allem am Land, werden ausgehungert und verteuerzt.

Der rechte Rand

Während z.B. bei Frauenorganisationen und im Sozialsystem gekürzt wird, hat die Regierung offensichtlich ausreichend Geld, um rechts-extreme Organisationen zu finanzieren.

So erhält der Dachverband der österreichischen Burschenschaften, der Österreichische Pennärling, im Jahr 2018 fast 40.000 Euro aus der Bundesjugendförderung.

Auch rechtsextreme Magazine werden von Schwarz-Blau mit Geld überhäuft. Seit Ende 2017 durften sich diese über Inserate im Wert von 22.000 Euro freuen. Darunter befinden sich unter anderem das FPÖ-nahe Magazin „Wochenblick“ und das Magazin „alles roger“, in welchem sich neben Homestories über die Identitären auch antisemitische Inhalte finden. Der „Wochenblick“ fiel seinerseits immer wieder durch falsche Aussagen und Hetze gegen Flüchtlinge auf.

Das Innenministerium schaltet Job-Inserate für die Polizei auf rechtsextremen Webseiten. Zu diesen zählen neben „Wochenblick“ auch die vom Ex-Nationalratspräsidenten der FPÖ, Martin Graf ins Leben gerufene Seite „Unzensuriert“, „info-direkt.eu“ und „tagesstimme.com“. Bei Letzterer handelt es sich um eine mit den neofaschistischen Identitären verbundene Seite. Auch auf der Seite „info-direkt“ schreiben regelmäßig Identitäre. Zudem bestehen personelle Verbindungen zur FPÖ. So ist z.B. einer ihrer Gesellschafter, Ulrich Püschel, zugleich Mitarbeiter des Linzer FPÖ-Planungs- und Infrastrukturstadtrats Markus Hein. Sollen also durch Zahlungen und Inserate nicht nur rechtsextreme Propaganda finanziert, sondern Rechtsextreme für den Staatsapparat gewonnen werden?

Lukas Kastner

Wie „heiß“ war der Herbst?

Zum ersten Mal seit 2011 kam es im Metallbereich zu Warnstreiks. Aber schon am 18.11. kam es zu einem Abschluss der Kollektivvertragsverhandlungen. Das Ergebnis ist ein fauler Kompromiss. Während die Unternehmer den 12h Tag bekommen, liegen die Abschlüsse nur knapp über der Inflation. Trotzdem gab der Streik den Eisenbahner*innen Mut, die am 26.11. zum ersten Mal seit 2003 streikten.

Während die Basis in den Warnstreiks und Betriebsversammlungen ihre Streikbereitschaft gezeigt hat, wollte aber die Gewerkschaftsführung immer so schnell wie möglich wieder verhandeln. Zwei Stunden vor angekündigtem Streikbeginn bei der Eisenbahn setzte sich die Gewerkschaftsführung noch einmal an den Verhandlungstisch. Die Folge: Verwirrung darüber, ob, wie und wofür überhaupt gestreikt wird. Bei den nächsten Verhandlungen stimmte die Gewerkschaftsführung schon wieder einem faulen Kompromiss zu. Sie griff trotz der harten Angriffe nur als allerletztes Mittel zum Streik. Beim Abschluss der Bierbrauer*innen (nur 3,2%) rühmte sie sich sogar selbst dafür, nach wochenlangem Säbelrasseln Streiks „abgewendet“ zu haben.

**Martina Gergits,
Sebastian Kugler**

legung sinnvoll und notwendig ist; und ob sie als verlängerte Betriebsversammlung oder deklarierter Streik stattfinden sollte. Im Anschluss wurde mit riesengroßer Mehrheit ein Warnstreik beschlossen.

Bei der folgenden Streikversammlung berichtete Thomas Erlach, Betriebsratsvorsitzender bei EXIT-sozial, von den Problemen und Protesten im Sozialbereich. Im Namen seiner Kolleg*innen betonte er die Solidarität mit dem

Warum handeln sie so? Ein Streik stellt immer die bestehenden Kräfteverhältnisse in Frage: Im Betrieb, im Staat und in der Gesellschaft. Ein Streik zeigt, dass, wenn sich die Arbeiter*innenklasse geschlossen zur Wehr setzt, sie die Bosse nicht braucht. Das ist eine gefährliche Einsicht für das Kapital, aber auch für die Gewerkschaftsbürokratie. Denn diese hat Kapitalismus und Staat als Naturgesetze akzeptiert. Sie sieht sich vor allem als Vermittlerin zwischen Arbeit und Kapital. Das oft gebrachte Argument „Man muss doch den sozialen Frieden erhalten, um den Standort zu sichern!“ nützt nur den Unternehmer*innen, denn die Gewerkschaft bindet sich damit beide Hände auf den Rücken. Das Kapital hat kein Interesse an einem „sozialen Frieden“, sondern an Profit.

Die Angst der Gewerkschaftsführung vor Kontrollverlust führt oft dazu, dass Streiks ineffektiv und bürokratisch ablaufen, wie etwa bei der Eisenbahn. Die Beschäftigten sind häufig die Letzten, die informiert werden, dabei sollte es anders herum sein. Streiks müssen demokratisch organisiert werden und kämpferisch sein. Das müssen wir aus dem Herbst mitnehmen.



SWÖ-KV: Streiken geht!

Die KV-Verhandlungen im privaten Gesundheits- und Sozialbereich stehen wieder an. Die Forderungen der Gewerk-

terstützt diese kämpferischen Forderungen – immerhin erheben wir sie schon seit Jahren. Unsere Kampagnen, Aktions-

Branchenübergreifend, demokratisch, öffentlich und konsequent – so sollte der Streik aussehen.

schaften GPA-djp und Vida für den SWÖ-KV enthalten u.a.: 6% bzw. mind. €150 mehr Gehalt, eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 h/Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, 6. Urlaubswoche für alle. „Sozial, aber nicht blöd“, eine von SLP-Aktivist*innen mitinitiierte Basisinitiative aus diesem Bereich, un-

tage und Initiativanträge haben dazu beigetragen, dass sie nun von der Gewerkschaftsführung übernommen wurden.

Was nun? Nun soll über unsere Interessen nicht stellvertretend hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Betriebsversammlungen und öffentliche Treffen

müssen von der Gewerkschaft ausgerufen werden, um eine transparente Debatte führen zu können, wie wir effektiv streiken können. Wie der SWÖ-Streik Anfang 2018 zeigte, ist ein Streik in der Branche nicht unmöglich. Vor allem muss aus den dort gemachten Fehlern gelernt werden. Wichtig wären die Ausweitung des Streiks auf andere KVs der Branche (z.B. Caritas, Diakonie, etc.), große öffentliche Aktionen und demokratische Streikkomites in den Betrieben. Es muss auch konsequent gestreikt werden: Bis wir gewinnen und eine Urabstimmung den Abschluss absegnet.

Nikita Tarasov

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

So geht Warnstreik

Einer von hunderten Betrieben der metalltechnischen Industrie, die Warnstreiks durchführten, war Bilfinger Shared Services in Linz. Betriebsratsvorsitzender und SLP-Aktivist Gerhard Ziegler organisierte gemeinsam mit den Betriebsratskolleg*innen seiner und einer weiteren Firma, der MCE, eine gemeinsame Betriebsversammlung. Nach einem Bericht von den Verhandlungen gab es eine offene Debatte. Diskutiert wurde, ob eine Arbeitsnieder-

Streik im Metallbereich. Auch Aktivist*innen der SLP wurden eingeladen, um von ihrer Solidaritätskampagne für die Streiks und ihre Aktivitäten rund um andere Metall-Betriebe zu berichten. Zum Schluss wurde eine Solidaritätserklärung für den Streik von Irene Mötzl, Betriebsräatin bei Wohnservice-Wien, verlesen. Die Streikenden erlebten reale Solidarität und es wurde auch deutlich, dass der Arbeitskampf alle angeht.

+

- Kampf im KiGa

Während die Bundesregierung mit dem Kopftuchverbot ihre rassistische Politik in die Kindergärten bringt, winkt die Salzburger Landesregierung (ÖVP, Neos, Grüne) einen Gesetzesentwurf Kindergärten betreffend durch. Am 6.11. gingen daher rund 1.200 Pädagog*innen gegen die Streichung von freien Tagen und damit die unbefristete Verlängerung der Arbeitszeit auf die Straße. Unter dem Argument „Gleichstellung“ wurde eine Verbesserung für ei-

ne Minderheit der Beschäftigten mit einer Verschlechterung für die Mehrheit und alle künftigen Kolleg*innen „abgegolten“. Anstatt eine Verbesserung für ALLE zu erkämpfen, hat die Gewerkschaft der Maßnahme zugestimmt, die den Betroffenen einen Gehaltsverlust von 34.000 Euro brutto, berechnet auf 40 Jahre, beschert. Eine Pädagogin erklärt, was stattdessen nötig ist: Mehr Personal! Mehr Gehalt! Größere Gruppenräume!



What the *?

Wer das „Vorwärts“ aufmerksam liest, bemerkt: Wir benützen nun den „Gender Star“ (*) bei Begriffen wie „Arbeiter*innen“. Dieses Sternchen ist so etwas wie die Weiterentwicklung des Binnen-I: Er

durchgängiges, fließendes Spektrum zu betrachten – und nicht als starre Schubladen. Auch in Zukunft wird diese Tatsache bestehen, selbst gegen den Widerstand konservativer Ideolog*innen und „Sprachschützer*innen“.

schreibt, wird es nie geben. Das „Gendern“ zeigt: Es kann keine sprachliche Form geben, die die komplexe Realität von Geschlecht und Identifizierung korrekt abbilden kann – weil sich diese ständig verändert.

Warum wir nun mit Sternchen schreiben – und warum das kein Ersatz für politische Aktivität ist.

soll zeigen, dass es nicht nur Manderln und Weiberln gibt, sondern eine Vielzahl geschlechtlicher Identitäten. Das ist keine neue Erkenntnis. Zahlreiche Gesellschaften vor uns kannten mehr als nur zwei geschlechtliche Identitäten. Im Zuge der Russischen Revolution setzte sich in der Wissenschaft die Erkenntnis durch, geschlechtliche Identität als

Halten wir die Sache damit für erledigt? Keineswegs. Entgegen akademisch weit verbreiteter Vorurteile „schafft“ Sprache keine Realität. Wir werden Ausbeutung und Unterdrückung nicht durch möglichst korrektes Sprechen und Schreiben abschaffen können. Eine absolut „richtige“ Sprache, die den Kern der Dinge exakt trifft und be-

Selbst die russischen Revolutionär*innen der Bolschewiki verwendeten Begriffe, bei denen es uns heute die Haare aufstellen würde – und trotzdem sind sie verantwortlich für die fortschrittlichste Geschlechterpolitik, die die Welt je gesehen hat: Von der Abschaffung des ehelichen Privilegs über die komplette Legalisierung von Abtreibung

bis zur Ermöglichung von Geschlechtsumwandlungen ohne Stigmatisierung. Genauso waren sie die konsequenteren Kämpfer*innen gegen Rassismus, auch wenn sie in diesem Kampf Begriffe benutzten, die wir heute rassistisch nennen würden – und das zurecht. Denn seither gab es verschiedene Bewegungen gegen Unterdrückung, die sich auch in unserer Sprache ausdrücken: Die Bewegung für Bürger*innenrechte in den USA, antikoloniale Revolutionen, Wellen von Frauenbewegungen und nicht zuletzt die LGBTQI-Bewegung. Für Sozialist*innen sind diese Kämpfe, in denen sich immer auch Klassenkämpfe ausdrücken, zentral. Wir haben keinen Grund, die vom Duden abgesegnete Sprache gegen ihre Einflüsse zu verteidigen.

Gleichzeitig wissen wir, dass es zu „Ungleichzeitzigkeiten“ kommt: Bei Menschen, die in diese Kämpfe nicht oder nur am Rande eingebunden sind, können solche Veränderungen zunächst auf Unverständnis stoßen. Wir wollen jedoch auch sie erreichen. Als Sozialist*innen wollen wir, dass unsere Inhalte im Vordergrund stehen. Wir pflegen bewusst keinen hochgestochenen, akademischen Stil, der nur Hürden aufbaut. „Vorwärts“-Artikel werden auch weiterhin verständlich für alle sein, die sie lesen und sich für unsere Inhalte interessieren. Zentral ist nämlich für uns, nicht nur über das Reden zu reden, sondern gemeinsam aktiv zu werden!

Sebastian Kugler

Verwertung

ÖVP-Wirtschaftsministerin Schramböck meint, „dass die Gymnasien oft am Markt vorbei produzieren.“ Die Regierung will, dass „die Wirtschaft“ bei Bildungszielen mitredet und Schulen und Universitäten „in Abstimmung mit den Bedarfslagen von Wirtschaft und Industrie“ entwickelt werden. Der Drang zur Verwertbarkeit ist auch wissenschaftsfeindlich: Viel wurde aus Lust am Experimentieren und Forschen entdeckt.

Obdachlosen Fußball-WM!

Haben Sie eine ORF-Übertragung des „Homeless World-Cup“ (HWC) gesehen? Gab's nicht! . Dabei hat Österreichs Team gut abgeschnitten. Seit 2003 wurden bereits 16 Turniere gespielt. Organisationen aus 73 Ländern sind involviert. In Österreich ist es die Caritas. Auf der website des FPÖ-geführten Sportministeriums findet man zu alldem ... nichts. Schon klar, dass Strache für arme Menschen unterschiedlicher Herkunft nichts übrig

hat. Doch das Problem geht tiefer: Selbst in den Berichten der Caritas werden keine sozial-politischen Forderungen zu Obdachlosigkeit, Armut, Wohnungs- oder Arbeitsmarkt erhoben. Der HWC könnte jedoch auf diesem Wege mehr Aufmerksamkeit erreichen. Verbindet die Turniere mit Protest auf der Straße! Alle Spieler*innen, Betreuer*innen und Menschen vor Ort könnten so gemeinsam eine kämpferische Tradition begründen.

1918 & Iran

Arbeiterlied 1918, ein Lied über die Rätebewegung in Österreich 1918, hat zum 100-Jahrestag der revolutionären Welle in Europa internationale Verbreitung gefunden: Iranische Aktivist*innen haben es übersetzt und verbreiten es in der aktuellen Bewegung gegen Ausbeutung und das repressive iranische Regime. Die Aktivist*innen: „Wir sind wieder 1918, wir brauchen das Lied in dieser Zeit. Viele Marxist*innen bedanken sich!“

Wunder?

Am 8.12. zeigt der ORF „Das Wunder von Wörgl“. Das Experiment mit der Regionalwährung wird gerne als Alternative zum Irrsinn der Finanzmärkte präsentiert. Die Grenzen und Probleme dieser zeitlich und vom Umfang her nur sehr eingeschränkten Projekte bleiben meist unerwähnt. Eine kritische Auseinandersetzung bietet die SLP-Broschüre „Freigeldtheorie und Tauschkreise – gefährliche Irrwege der ‚antikapitalistischen‘ Bewegung.“

„Nicht mit mir“ in Aktion gegen Fundi-Aufmarsch

Am 24.11. marschierten wieder christliche Fundamentalist*innen durch Wien. Rückenwind bekamen sie von der Regierung, die mit Bundesminister Hofer auch präsent war. Finanziert durch reiche und mächtige Unterstützer*innen wurde aufwendig mobiliert: Z.B. mit einem Aufruf in der „Presse“, günstigen Bussen für die Anfahrt zum Marsch und einem riesigen Plakat, welches die feministische Metoo-Bewegung für ihre frauenfeindlichen Zwecke missbrauchte. Damit sollte eine von Frauen getragene Basisbewegung vorgetäuscht werden. Sie soll als Hebel dienen, um die geplanten Einschränkungen für den Zugang zu Schwangerschaftsabbruch zu rechtfertigen.

„Nicht mit mir“, die sozialistisch-feministische Kampagne der SLP, sagte dazu: „Nicht mit uns!“. Um 11:00 begannen wir mit einer Kundgebung am Schwedenplatz. Nicht mit mir- Aktivist*innen packten ihre Wut über Versuche, Frauen zu bevormunden, in Worte und hielten Reden. So betonte etwa Sarah aus Linz in ihrer Rede, wie wichtig es ist, dass wir uns zusammenschließen, dass jede Frau jederzeit selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden können muss

Ella Kempter

- und dass das auch keine Frage des Geldes sein darf.

Bei den drei Kundgebungen wurden Teilnehmende in die Protestaktion eingebunden: Es bestand die Möglichkeit, Schilder zu basteln und mit Straßekreiden den Boden zu bemalen. Besonders ausgiebig wurde der Boden des Josefsplatzes bemalt - denn über dieselbe Straße gingen nach uns die Fundis. Wir ließen die Gegner*innen von Selbstbestimmung lautstark wissen, dass es ihre rückschrittliche Ideologie ist, die überall Frauen tötet. Trotz einiger übergriffiger Provokateure bekamen wir viele positive Rückmeldungen. Da sich alles in der Innenstadt abspielte, trafen wir besonders oft auf Tourist*innen.

Sie erzählten uns, dass sie in ihren Ländern mit den selben Problemen kämpfen müssen. Das machte uns wütend, doch es bedeutet auch, dass wir viele sind - und uns für unsere kommenden Kämpfe international zusammenschließen können! Denn sobald eine echte feministische, von unten aufgebaute Bewegung mit sozialistischem Programm ins Rollen kommt, sind wir stark genug, um die kommenden Einschränkungsversuche zu überrollen.

Ella Kempter



Donnerstag auch in Linz!

Eine gute Möglichkeit, um auf die Straße zu gehen und der eigenen Wut über die Regierung Gehör zu verschaffen, war die erste Linzer Donnerstags-

Teilnehmer*innen. Die Diskussion fiel schnell auf die brennendsten Themen:

Wie können wir die Donnerstagsdemos am

dass es auch die Aufgabe des ÖGB wäre, hier zu sein und mitzumarschieren - gerade in Anbetracht des 12h-Tages und der aktuellen und

Die SLP ist auch bei den Linzer Donnerstagsdemos aktiv.

demo. Und dafür wurde sie auch von 3000 Menschen genutzt. Für viele war es vielleicht die erste Demo, für alle war es jedenfalls die erste Gelegenheit für ein größeres Zeichen des Widerstands gegen Schwarz-Blau seit Februar!

Wir waren bereits eine Stunde vor Beginn beim Volksgarten und redeten mit den ersten

Laufen halten? Wie erreichen wir welche Forderungen?

Wir haben in unzähligen Gesprächen, von unserer Lautsprecheranlage in unserem Block klargestellt: Es braucht Organisierung. Die Leute, die heute hier sind, müssen auch Zeit investieren und sich über die Demos hinaus vernetzen. Außerdem haben wir klar gemacht,

bevorstehenden KV-Verhandlungen. Außerdem haben die Warnstreiks bei der Eisenbahn und im Metallbereich gezeigt, wie man den Reichen und ihrer Regierung wehtun kann. Demonstrieren ist gut, aber Organisieren und Streiken sind notwendig - und das geht am besten gemeinsam. Werde also auch du mit uns aktiv!

Alec Jakolic

Vöcklabruck: SLP baut Widerstand im Sozialbereich auf



Der bitteren Kälte trotzend riefen viele Sozialvereine zur „Lichterkette für Menschlichkeit“ in Vöcklabruck auf. Diese richtete sich auch gegen die Sparpolitik der schwarz-blauen Landesregierung. Mit dabei: Aktivist*innen der SLP. Seit über zwei Monaten engagieren wir uns in Vöcklabruck mit der Initiative „Sozial aber nicht blöd“ im Sozialbereich. Schon Anfang des Jahres unterstützten wir in Vöcklabruck den Streik im

Sozialbereich praktisch. Anknüpfend an diese Arbeit besuchten wir auch im Vorfeld dieser Herbstlohnrunde wieder mehrere Sozialbetriebe, verteilten die neue Zeitung von „Sozial aber nicht blöd“ und diskutierten mit den Beschäftigten. Auch beim Treffen des „Sozialforums“ stellten wir „Sozial aber nicht blöd“ vor. Nächste Treffen und vielleicht ein weiterer Streik im Sozialbereich folgen.

Flo Klabacher

Andere über uns

radio
FM4

FM4 berichtete über die Versuche von Rechtsextremen in Linz, als „Bürgerwehr“ verkleidet Jagd auf Andersdenkende und -aussehende zu machen. Dabei kam auch SLP-Aktivist Flo Klabacher zu Wort: „Wir wollen den Rechten die Tour vermasseln“, wird Flo zitiert. Die SLP organisierte Widerstand gegen die Rechten auf der Straße in Form einer lautstarken Kundgebung.

VORWÄRTSSCHWERPUNKT

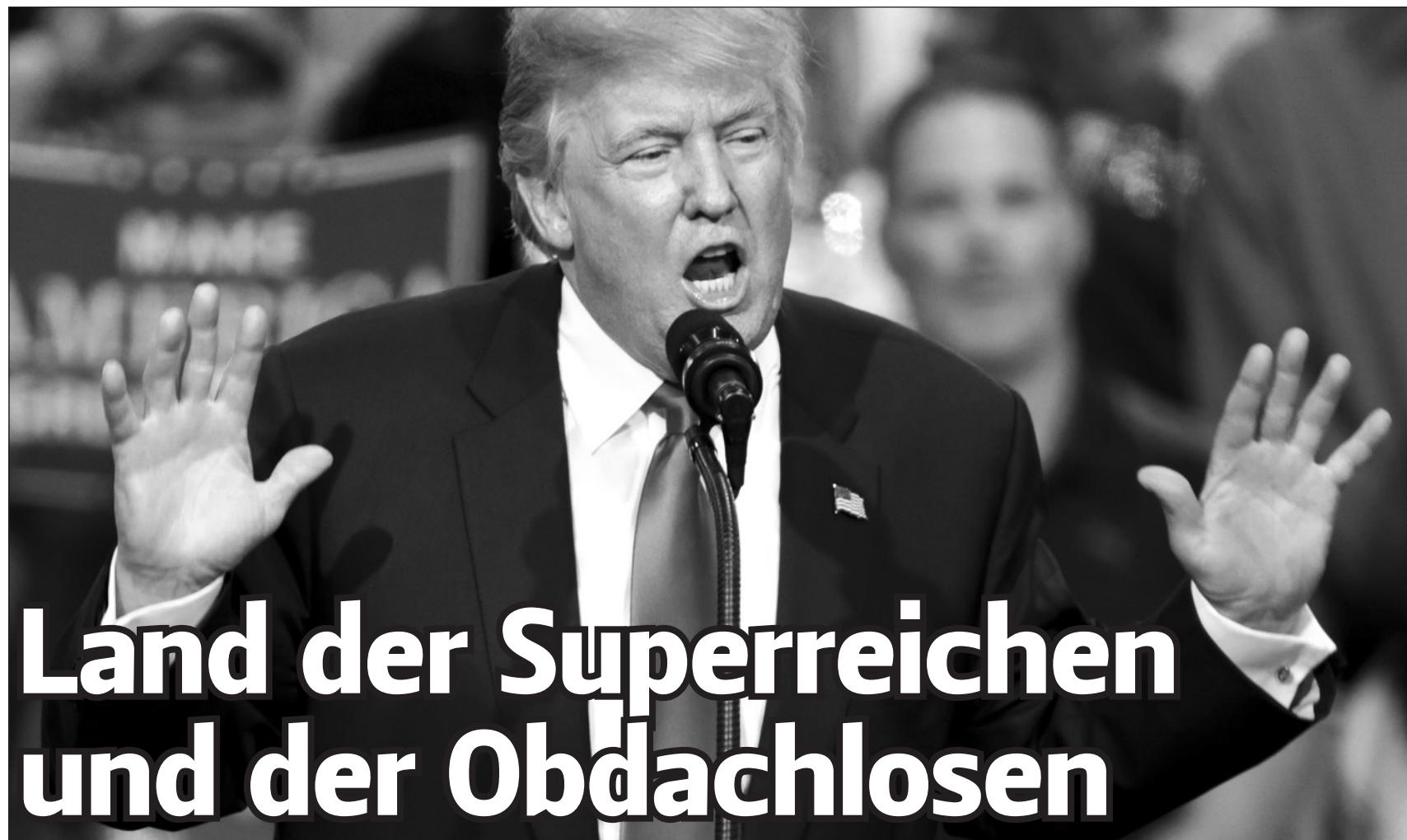


Foto: Gage Skidmore, CC BY-SA 2.0

Land der Superreichen und der Obdachlosen

Die USA sind mittlerweile an einem Punkt, an dem das Töten von Kindern bei Amokläufen an Schulen schon fast Alltag ist. Zehntausende sterben jedes Jahr an Überdosen opioidhaltiger Schmerzmittel. Millionen haben keinen Zugang zum Gesundheitssystem, leben in absoluter Armut oder sind obdachlos.

Trump eine Möglichkeit, es denen da oben zu zeigen - und jene, die noch weiter unten sind, fernzuhalten. Doch Trump griff zwar die Ärmsten der Gesellschaft an, die Mächtigen jedoch nicht. Zwei Jahre Trump zeigten, dass er für Lohnabhängige, Frauen oder Migrant*innen nicht nur Verachtung übrig hat,

Fanatiker Kavanaugh in den Obersten Gerichtshof soll das Recht auf Abtreibung endgültig abgeschafft werden. Die extrem einflussreichen fundamentalistischen Evangelikalen fühlen sich dadurch in ihrem Kampf gegen Frauenrechte bestärkt.

Im Wahlkampf verschärftete Trump sei-

Davon wären bis zu 10 Millionen Menschen betroffen, die mit Abschiebung rechnen müssten. All diese Maßnahmen sind Rückenwind sowohl für traditionelle faschistische Strömungen, die immer öfter bewaffnet aufzutreten, als auch für die neofaschistischen „Alt-Right“ Aktivist*innen.

Es ist aber nicht einfach die Person Trump, die das alles aus Bösartigkeit tut. Trumps „Make America great again“ ist eine Reaktion auf die Krise des globalen Kapitalismus. Die Träume von einem harmonischen Welthandel, von dem alle profitieren, sind geplatzt. Trumps Handelskrieg ist der Versuch, auf den immer umkämpfteren globalen Märkten Stärke zu beweisen. „America First“ ist der Schlachtruf, der sowohl dem international orientierten US-Kapital versichern soll, dass die stärkste imperialistische Macht am Weltmarkt hinter ihm steht, als auch dem national orientierten US-

Kapital verspricht, es vor der globalen Konkurrenz am heimischen Markt zu schützen.

Der US-Kapitalismus soll also auf Kosten der Arbeiter*innen zu Hause (Preissteigerungen) und in anderen Ländern (mehr Arbeitslosigkeit) saniert werden. Den Preis dafür sollen wir alle zahlen.

Diese Grundpfeiler von Trumps Politik teilen auch die Demokraten. Sie würden eine in Worten nettere, in Taten genauso rücksichtslose Politik fahren. Um das alles zu stoppen, reicht die Kandidatur eines linkeren Demokraten wie Bernie Sanders nicht, es braucht eine sozialistische Alternative, eine Partei, die den Menschen eine Alternative jenseits des Kapitalismus bieten kann. Was für Ansätze es für die Entstehung einer solchen geben kann, damit beschäftigt sich der aktuelle Vorwärts-Schwerpunkt.

Georg Kummer

Trumps Politik ist eine Steilvorlage für die Reichen und die Rechten.

Das ist der Hintergrund, vor dem Trump gewählt wurde. Unter Obama fand zur Sanierung der Banken und Konzerne eine gigantische Umverteilung von Reichtum von unten nach oben statt. Seine Regierung schob fast drei Millionen Menschen ab, mehr als jemals zuvor. Das Establishment ist verhasst. Viele, die keine Möglichkeit sahen, ihre Situation durch gemeinsame soziale Kämpfe zu verbessern, sahen in

sondern eine tödliche Gefahr darstellt.

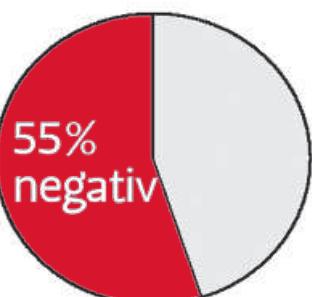
Den Konzernen hat Trump eine Billion Dollar als Steuersenkung geschenkt. Um noch mehr und besser Krieg führen zu können, wurde das Verteidigungsbudget um die größte Summe seit dem Kalten Krieg erhöht. Diese Ausgaben werden durch Kürzungen im Sozial-, Gesundheits- und Pensionssystem gegenfinanziert. Mit der Entsendung des christlichen

ne rassistische Gangart noch einmal massiv: Migrant*innen aus Mittelamerika seien alle Kriminelle, Vergewaltiger und Terroristen, behauptete er. Er versuchte, das Recht auf Asyl außer Kraft zu setzen, schickte 15.000 Soldaten an die Grenze und trennte tausende Kinder von ihren Eltern. Außerdem möchte er das Recht auf Staatsbürgerschaft abschaffen, dass allen zusteht, die in den USA geboren werden.

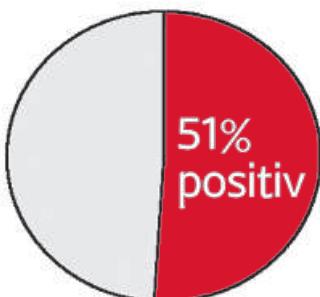
Auf der Überholspur

Einstellung von 18–29jährigen in den USA zu...

Kapitalismus



Sozialismus



Quelle: Gallup 2018

Widerstand in Zahlen

➤ **Eine Auswahl** an Protesten und Bewegungen der letzten zwei Jahre zeigt das Potential, wenn sich diese Stränge des Widerstands zu einer echten politischen Alternative zusammenfinden werden.

➤ **Jänner 2017 & 2018:** Frauen-Märsche (2018 in 486 Orten mit geschätzt bis über zwei Millionen Teilnehmer*innen)

➤ **Jänner–Februar 2017:** Spontane Proteste gegen den „Muslim Ban“ auf mehreren Flughäfen

➤ **Februar–April 2017:** verteilt übers Land LGBTQI-Demos gegen Trump und Pence (extrem homophober Vize-Präsident)

➤ **Sommer 2017:** Nach dem Mord an Heather Heyer durch einen Faschisten in Charlottesville stoppen antifaschistische Mobilisierungen in vielen Städten die Versuche der neofaschistischen „Alt-Right“, öffentlichen Raum zu besetzen.

➤ **seit 2017:** Protest gegen rassistische Polizeigewalt erfasst die Sportwelt, ausgehend vom Football. Viele Jugendliche werden darüber politisiert.

➤ **seit Februar 2018:** Nach dem Amoklauf von Parkland, Florida: Schulstreiks und Märsche gegen Waffengewalt

➤ **2018:** Lehrer*innen-Streiks, zB. Februar in West Virginia und bis

zu 53.000 Streikende im Juni (Uni of California)

➤ **April 2018:** „Marsch für die Wissenschaft“; v.a. gegen die wissenschaftsfeindlichen Äußerungen Trumps und seine rückschrittliche Klimapolitik

➤ **2018:** Ein Beispiel für eine lokale Kampagne mit landesweitem Echo: Der Kampf für eine „Amazon-Steuer“ in Seattle

➤ **Juni 2018:** Massenproteste gegen die unmenschliche Trennung von Flüchtlingsfamilien

➤ **August–September 2018:** 17-tägiger Streik im Baugewerbe (Seattle u.a.)

➤ **September–Oktober 2018:** Anti-sexistische Demos gegen die Nominierung Kavanaughs als Hochstrichter

➤ **September 2018:** Streiks bei McDonald's in 10 Städten gegen Sexismus am Arbeitsplatz

➤ **Oktober–November 2018:** Ebenso anti-sexistischer Streik bei Google

➤ **November 2018:** Landesweit bis zu 900 kleinere und größere spontane Kundgebungen gegen Trump, der den Justizminister gefeuert hat, um die Ermittlungen gegen ihn zu torpedieren

➤ **Nahe Zukunft:** mögliche Streiks bei UPS (250.000 Beschäftigte), div. Großhotels, dem Stahlgiganten Arcelor-Mittal sowie US-Steel (ca. 30.000)

Make Protests Great Again!

Bemerkenswert ist eigentlich nicht, dass Trump und ein Großteil der Republikanischen Partei immer offener Verachtung für Frauen, Minderheiten und Meinungsfreiheit zeigen, sondern was das sogenannte weitsichtige Bürgertum rund um

Bürgertum wird deswegen aus der Trump-Ära noch gespalter als zuvor hervorgehen. Aber alle Angriffe auf Beschäftigte, Arme, Minderheiten und demokratische Errungenschaften sind aus Sicht der Herrschenden und Besitzenden letztlich unvermeidbar.

Trump ist kein Gegenentwurf zur bürgerlichen Normalität, sondern eines ihrer Gesichter in Krisen-Zeiten.

die Demokratische Partei macht. Kurzum: Nicht viel. Im Gegenteil, ihre Hauptbesorge besteht darin, dass unkontrollierbare Bewegungen von unten als Reaktion auf Trumps Attacken entstehen. Mehr als ein Jahr wurde auf die Kongresswahlen vertröstet, die nun der Demokratischen Partei eine Mehrheit im Repräsentantenhaus brachten. Auch haben neue Kandidat*innen die Bühne betreten, die dynamischer und weniger etabliert scheinen. Einige davon bezeichnen sich sogar selbst als sozialistisch. Doch dies ändert den Charakter der Partei als wesentlichen Pfeiler des US-Kapitalismus keineswegs.

Natürlich ist es keine Kunst, „weniger schlimm“ als Trump zu sein. Doch Trump ist der fleischgewordene Ausdruck der kapitalistischen Krisenperiode. Wie darauf kurzfristig reagiert werden soll und welcher Tonfall angestimmt werden soll, darüber gibt es heftige Debatten unter den Herrschenden. Das US-

Deswegen wäre es falsch, auf eine „geregelte“ Aufarbeitung der Verbrechen von Trump & Co. durch die rechtsstaatlichen Institutionen zu warten. Wir können keine Hoffnungen in Sonderermittler, Justizapparat oder das neue Repräsentantenhaus legen. Desse neuer demokratischen Vorsitzenden, Nancy Pelosi, ging es immer schon nur um Schadensbegrenzung für das Zwei-Parteien-System.

Entscheidend ist, ob und wann die vielfältigen Proteste und Bewegungen zu einer neuen Qualität und Generalisierung des Widerstands führen werden, der letztlich nicht nur den rechtsextremen Flügel des Establishments, sondern das gesamte Wirtschaftssystem in Frage stellen muss. Ein „Zurück zur Normalität“ darf und wird es nicht geben. Auch könnte ein landesweiter Massenstreik über 24–48 Stunden Trump viel wahrscheinlicher und schneller „amtsentheben“, als die Sonderermittlungen Robert Mu-

ellers. Dies allein ist jedoch zu wenig, um den Kapitalismus samt Rassismus, Frauenhass, Homophobie und Waffengewalt zu überwinden. Es braucht eine Massenpartei von und für Arbeiter*innen mit sozialistischem Programm. Diese wird sich nur über Kampagnen und Aktionen bis hin zu Streiks und Massenbewegungen bilden können. Welche Ansatzpunkte gibt es dafür? Werfen wir einen Blick auf politischen Widerstand und soziale Proteste in den USA:

Das Höchstgericht hat kürzlich eine wesentliche Einschränkung für die Finanzierung der Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst verfügt. Weitere Angriffe (zB. Streikrecht) sind zu erwarten. Die unmittelbaren „Gründe“ dafür geben jedoch Hoffnung. Von den Medien wenig beachtet fand 2018 eine Serie höchst erfolgreicher Arbeitskämpfe von Lehrer*innen statt. Die Gewerkschaftsbewegung ist dabei, sich zu erneuern bzw. von (jungen) Basisaktivist*innen neu gestaltet zu werden. Als Folge dieser Entwicklung wächst die Zustimmung zu Gewerkschaften wieder. Ebenso lag die öffentliche Unterstützung für die Streiks in West Virginia und Arizona bei 73%. Die Forderungen der Lehrer*innen gingen weit, bis hin zur Frage der gesellschaftlichen Umverteilung. Große Streiks könnten bei UPS (Paketdienst), im Hotelgewerbe sowie in der Schwerindustrie bevorstehen.



Das Selbstbestimmungsrecht von Frauen steht unter Beschuss. Mit dem Fundamentalisten Kavanaugh als Höchstrichter hat die extreme Rechte nun eine Mehrheit zur Rücknahme wichtiger Errungenschaften, z.B. beim Schwangerschafts-Abbruch. Doch Massenproteste können dies stoppen. Vielen wird klar, dass es sich um strukturelle Frauenfeindlichkeit

meln. Dies gibt einen Vorgeschmack, was möglich sein wird, wenn eine breite neue Arbeiter*innen-Partei das etablierte System aufs Korn nehmen wird.

Die Jugendrevolte gegen Waffengewalt und ihre Lobby bietet langfristig Chancen, zum Aufbau einer echten politischen Alternative beizutragen. Auch könnten Bewegun-

gungen Socialists of America) genannt, die massiven Mitgliederzuwachs verzeichnen. Sie wirken im Rahmen der Demokratischen Partei und wollen diese beeinflussen. Die letzten Monate brachten beeindruckende Erfolge für Alexandria Ocasio-Cortez (Repräsentantenhaus) und Julia Salazar (Senat), welche unter dem Banner der DSA für die Demokratische Partei antraten und gewannen. Es mag verlockend erscheinen, auf Basis der allgemeinen Radikalisierung die ein oder andere bislang konservativ geführte Partefunktion für fortschrittliche Politik zu erobern. Doch eher

früher als später werden DSA vor die Frage gestellt sein, ob ein eigenständiges Auftreten und ein offenes Angebot an die unzähligen Aktivist*innen außerhalb dieser Partei nicht die gewinnbringendere Variante für die Arbeiter*innen-Bewegung ist. So sieht es jedenfalls „Socialist Alternative“, die Schwesterorganisation der SLP in den USA. Natürlich können Wahlerfolge Menschen motivieren, und vielerorts sind DSA-Gruppen wichtige Bündnispartner. Im Mittelpunkt sollten sicherlich zuerst Forderungen und Methoden einer Kampagne stehen. Doch die Frage des organisatorischen Rahmens wird in diesen Bewegungen immer wieder aufgeworfen werden. Gerade dann, wenn die Demokratische Partei sich nicht mehr auf Trump und das „kleinere Übel“ ausreden wird können.

es eines Systems handelt, das auf Reichtum und Macht einer kleinen Minderheit beruht. Wie wichtig dabei die soziale Frage ist, zeigen die mutigen Streiks gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz bei McDonald's und Google. Die historische Bedeutung dieser Proteste kann nicht überschätzt werden! Nun ist #metoo nicht mehr nur ein Internet-Phänomen, getragen durch wohlhabende Prominente, sondern ein zentrales Thema von Arbeiter*innen, v.a. jenen, die zusätzlich durch Rassismus unterdrückt werden. Oftmals stehen weibliche Beschäftigte an vorderster Front. So hat die Gewerkschaft der Pfleger*innen schon 2016 maßgeblich Bernie Sanders Kandidatur mitgetragen. In diesem Präsidentschaftswahlkampf konnte Sanders mit einem anti-neoliberalen Programm über 200 Millionen US-Dollar an Kleinstspenden sam-

Franz Neuhold



Marx aktuell

Kaum wo ist das Problem des „kleineren Übels“ so präsent wie in den USA. Die Tradition unabhängiger Arbeiter*innenparteien scheint verschüttet und viele sehen die Demokraten als einzige mögliche politische Plattform für linke Politik. Bei den jüngsten Wahlen konnten linke Kandidat*innen auf der Liste der Demokraten teils beeindruckende Erfolge erzielen. Socialist Alternative, die US-Schwesterorganisation der SLP, unterstützte viele dieser Kandidat*innen. Darunter Alexandria Ocasio-Cortez und Julia Salazar in New York.

Diese bezeichnen sich selber als Sozialist*innen, sind Mitglieder bei den „Democratic Socialists“, treten aber gleichzeitig auf Wahllisten der Demokratischen Partei an. Wie soll das zusammengehen? Socialist Alternative sagt „gar nicht“. Aber: Hunderttausende junge Men-

Partei für Arbeiter*innen statt „kleineres Übel“

schen radikalisieren sich über diese Kandidaturen und beginnen so ihren Kampf gegen das Trump-Regime.

Diese allein zu lassen ist nicht revolutionär. Man muss mit ihnen gemeinsam aktiv sein. Gleichzeitig müssen aber die engen Grenzen der Demokratischen Partei aufgezeigt werden. Sie ist durch und durch bürgerlich, von ihr ist keine Verbesserung zu erwarten.

Socialist Alternative stellt klar: „Eine Massenorganisation des Kampfes bleibt auch weiterhin schmerhaft abwesend. Sie könnte dem enormen Bedürfnis nach Wandel Ausdruck verleihen und gegen die Kapitulation der Demokrat*innen bei jedem Thema Druck erzeugen.“

Es braucht also eine wirklich unabhängige Arbeiter*innenpartei. In den 1930er Jahren schrieb der amerikanische Marxist James Cannon: „Es reicht nicht aus wenn die Partei ein proletarisches Programm hat. Die Partei braucht auch eine proletarische Zusammensetzung. Ansonsten kann das Programm über Nacht in einen Haufen Papiermüll verwandelt werden.“ Es reicht also nicht, innerhalb einer bürgerlichen Partei für einzelne progressive Forderungen zu kämpfen. Wir brauchen eine Organisation, deren Programm das gemeinsame Interesse ihrer Mitglieder und Aktivist*innen ausdrückt – und nicht die Interessen einiger Großspender*innen.

Für den Aufbau einer solchen Organisation tritt Socialist Alternative ein. Aber nicht abstrakt. In einem Solidaritätsschreiben an die neu gewählten „demokratisch sozialistischen“ Abgeordneten verweist Kshama Sawant, Stadträtin in Seattle und Mitglied von Socialist Alternative, auf eigene Kampferfahrungen. Durch den Aufbau einer Bewegung konnte in Seattle ein Mindestlohn von 15 Dollar erkämpft werden. Daraus zieht Sawant den Schluss, dass Wahlkampfforderungen in Aktivismus umgewandelt werden müssen: „Wir stimmen mit Eurer Entscheidung als Demokrat*innen zu kandidieren nicht überein. Trotz dieser Unterschiede wollen wir gemeinsam mit Euch eine dauerhafte Bewegung mit demokratischen Strukturen aufbauen, um die Forderungen für die ihr im Wahlkampf eingetreten seid, durchzusetzen.“

Christian Bunke

Zum Weiterlesen

James P. Cannon:

Der Kampf für eine proletarische Partei

ISP-Verlag, über den Manifest-Verlag zu beziehen



Das Comeback des Sozialismus

Die Idee des Sozialismus ist zurück in den USA. Infolge der inspirierenden Wahlkampagne von Bernie Sanders 2016 und der furchteinflößenden Realität von Donald Trump als Präsident sind zehntausende Menschen sozialistischen Organisationen beigetreten oder in verschiedenen Kampagnen aktiv geworden.

Die Organisation, die

zialist Alternative eine erfolgreiche Wahlkampagne für den Stadtrat in Seattle. Trotz der erbitterten Opposition der Demokraten, welche den Stadtrat kontrollieren, wurde die unabhängig antretende Socialist Alternative-Aktivistin Kshama Sawant 2013 in den Stadtrat gewählt – und zwei Jahre später wiedergewählt. So wurde sie zur

Kampagne in Kombination mit der Rolle Kshamas im Stadtrat brachten eine Mehrheit dazu, dafür zu stimmen.

Ähnliche Kampagnen drehten sich um wichtige Themen wie niedrigere Mieten und Reichensteuern. Im Mai 2018 präsentierte Socialist Alternative den Vorschlag einer Steuer auf Großunternehmen,

falls Mindestlohn-Kampagnen gestartet. Obwohl es dort keine Socialist Alternative Mitglieder in gewählten Ämtern gibt, war Socialist Alternative das Herz der Mindestlohnkampagnen in den beiden großen Städten: 2017 gelang es, den 15\$ Mindestlohn in Minneapolis durchzusetzen, und 2018 in St.Paul. Das führte zu massiven Lohnerhöhungen für zehntausende Arbeiter*innen.

Viele dieser Beschäftigten arbeiten im Transportwesen. Dort wurde kürzlich Socialist Alternative-Aktivist Ryan Timlin

zum Vorsitzenden der Gewerkschaft Öffentlicher Verkehr in der Region gewählt. Die Beschäftigten wählten Ryan vor allem deshalb, weil er während der Lohnverhandlungen für einen Streik kampiniert hatte – und zwar zur Zeit der Super Bowl, die in Minneapolis stattfand. Ein Öffi-Streik während des größten Sport Events des Landes hätte massive Verbesserungen erkämpfen können. So zeigen Sozialist*innen, wie erfolgreiche Gewerkschaftspolitik funktionieren kann.

Seattle und Minneapolis sind nur zwei kleine Beispiele der Arbeit von Socialist Alternative. Doch sie

zeigen die Möglichkeit und Notwendigkeit von linker Politik außerhalb der Demokraten. Socialist Alternative ist eine revolutionäre Organisation. Wie die SLP tritt sie dafür ein, dieses System durch den Aufbau einer mächtigen Bewegung zu stürzen und durch eine demokratische, sozialistische Gesellschaft zu ersetzen. Es zeigt sich aber, dass gerade ein solcher revolutionärer Ansatz auch das beste Mittel ist, um innerhalb dieses Systems Verbesserungen erkämpfen zu können.

Das unterscheidet Socialist Alternative von DSA, welche noch vor allem innerhalb der Demokraten antreten. Socialist Alternative hat ein solidarisches Verhältnis zu DSA – in vielen Städten werden gemeinsam Kampagnen gestartet oder gegenseitig Kandidat*innen unterstützt. Gleichzeitig macht Socialist Alternative immer auch klar, dass sie den Zugang, innerhalb der Demokraten anzutreten, nicht teilen. Denn um eine Bewegung aufzubauen, die den Kapitalismus in seiner eigenen Hochburg stürzen kann, braucht es eine unabhängige sozialistische Partei jenseits der Parteien des Kapitals.

Brettros

Sozialistische Organisationen wachsen in den USA – wie können sie erfolgreich sein?

am meisten gewachsen ist, sind die Democratic Socialists of America (DSA). Sie spielten eine zentrale Rolle in der Sanders-Kampagne und wuchsen seither von 5.000 auf 50.000 Mitglieder. Im November wurden zwei Mitglieder der DSA in den Kongress gewählt: Rashida Tlaib und Alexandria Ocasio-Cortez – allerdings als Kandidatinnen der Demokratischen Partei.

Noch vor dem Durchbruch von DSA konnte die Schwesterorganisation der SLP, Socialist Alternative, spektakuläre Erfolge erzielen. Aus der Occupy Wall Street-Bewegung heraus führte So-

bekanntesten Sozialistin seit Jahrzehnten. Socialist Alternative wuchs in diesem Zeitraum von etwa 150 auf über 1.000 Aktivist*innen.

Socialist Alternative hat das Stadtrats-Mandat immer eng mit sozialen Bewegungen verbunden. Vor und nach der Wahl 2013 war die Kampagne für den 15\$-Mindestlohn zentral. Hunderte Aktivist*innen wurden in der ganzen Stadt aktiv, um die Lügen des medialen und politischen Establishments zu kontrollieren. Vor der Kampagne sprach sich kein anderes Stadtratsmitglied für \$15 aus – aber der Druck der

um Projekte für Obdachlose zu finanzieren. Die Kampagne war zunächst erfolgreich und die Steuer wurde beschlossen. Doch dann gelang es Amazon, dessen Firmensitz in Seattle liegt, und anderen Konzernen, die Stadträte der Demokraten „umzustimmen“ – und der Beschluss wurde gekippt. Der Kampf für die „Amazon Tax“ zeigt die Notwendigkeit politischer Unabhängigkeit von Banken und Konzernen – und diese gibt es nicht innerhalb der Demokraten.

Doch nicht nur in Seattle hat Socialist Alternative großen Einfluss. In Minnesota wurden eben-

Jugend im Burnout

Das Sozialministerium schreibt 2017, dass 8% der Befragten unter Burnout leiden und 36% unter einer Vorstufe. Besonders hoch ist der Wert bei unter 30-jährigen: Drei von zehn Lernenden sind akut burnoutgefährdet.

Während man sich gern auf Fotos mit Kindern umgibt, intensiviert die Regierung den Druck auf Lernende weiter. In Volkschulen wird ab 2019 die Notenskala verpflichtend eingeführt und alternative Bewertungsmethoden verlieren jede Bedeutung. Für die Wahl der Unterstufe ist das Zeugnis der Volksschule entscheidend.

Auch wurde in den vergangenen Jahren der Lehrplan erweitert, ohne Wochenstunden und Lehrpersonal aufzustocken. Die Aufhebung oder Erhöhung der Klassenschülerhöchstzahl führt zu überfüllten und lauten Klassen, was eine zusätzliche Belastung darstellt. An AHSEN fallen außerdem die vorwissenschaftliche Arbeit und damit sich ständig ändernde Richtlinien an.

2019 werden weitere Universitäten und Studienrichtungen Zugangsbeschränkungen einführen. Parallel zur Maturavorbereitung muss so für den Aufnahmetest an einer Universität gelernt werden. Ist man aufgenommen, üben Studien-

Stefan Brandl

gebühren und Voraussetzungsketten weiter Druck aus.

Es gibt keinen Zeitpunkt in der (Aus)Bildung, der nicht von Stress, Zukunftsängsten oder Leistungsdruck geprägt ist. Kinder bekommen von klein auf mit, dass man nur schwer einen Job bekommt. Dazu kommt auch v.a. durch die FPÖ die ideologische Offensive gegen eine angebliche „Kuschelpädagogik“. Disziplin, Zucht und Ordnung sollen die fehlenden Lehrer*innen und Schulpsycholog*innen ersetzen. Das Prinzip „Nur die härtesten kommen durch“ führt zu Burnout, aber nicht zu besserer Leistung.

Faktoren wie finanzielle Belastung durch Nachhilfe (25% der Lernenden), familiäre Belastung (37% der Eltern sind mit Lernenden überfordert) sowie größer werdender Personalmangel an Bildungseinrichtungen sind die materielle Grundlage für die oben genannten Probleme.

Kurzfristig braucht es mehr Ressourcen, aber langfristig braucht es ein bedürfnisorientiertes Bildungssystem mit individueller Talentförderung und demokratischer Mitsprache der Lernenden: Ein Schulsystem ohne Burnouts kann nur durch die Beseitigung des Kapitalismus realisiert werden.

Stefan Brandl



Mythos Freie Bildung'

Freie Bildung ist ein Mythos. Ich bin Mutter eines Volkschulkindes in einer Ganz-

dass das Frauen im Privaten erledigen. Dazu kommen Kosten von Ausflü-

Auch wenn es an öffentlichen Schulen kein „Schulgeld“ gibt, fallen doch hohe Kosten an.

tagsschule. Während die Betreuung im Kindergarten noch beitragsfrei war, kommt die Volksschule als berufstätige Alleinerzieherin trotz Ermäßigung teuer. Ich zahle durchschnittlich im Monat 180,- Euro an „Schulgeld“ (obwohl eben öffentlich). Nachmittagsbetreuung und Mittagessen kosten, weil immer noch erwartet wird,

gen über Schulmaterial bis Schullandwochen etc.

All das ist auch eine Folge der jahrelangen Kürzungspolitik – eine schlechende Auslagerung in die Familie und somit Privatisierung von Arbeit und Kosten. Die Schulen können „autonom entscheiden“, ob sie weniger anbieten oder die Eltern

zahlen lassen – und die haben dann keine Wahl. Der Staat schleicht sich aus seiner Verantwortung. Schüler*innen, deren Familie Probleme mit diesen „Schul-Nebenkosten“ haben, werden tendenziell auch in der Klasse, Schule und folglich in der Gesellschaft ausgesegnet und haben es schwerer, die geforderten Leistungen zu bringen. Gerade diese Kinder benötigen dann Nachhilfe – die auch wieder privat zu zahlen ist. Von freiem Bildungszugang sind wir also meilenweit entfernt. Was sich der Staat leistet, ist eine politische Entscheidung...

Laura Rafetseder,
Alleinerziehende

„Eine Alternative, wo Menschen in Frieden und Sicherheit leben“

Mein Name ist Vladislav, ich bin 15 Jahre alt. Ich wohne seit ein paar Monaten in Wien und gehe in eine Handelsschule im 10. Bezirk.

Mein Interesse für Politik entstand dadurch, dass ich schon immer Geographie und Geschichte spannend fand. Ab 2015 kam die Flüchtlingskrise mehr und mehr die Nachrichten. Ich sah, warum sie alle fliehen mussten, und war wütend auf die Politik, besonders auf

die rechten Parteien: FPÖ, AFD usw. Sie unternahmen nichts, um den Flüchtlingen zu helfen, sondern hetzten gegen sie. Ich erkannte, dass der Kapitalismus die Verantwortung dafür hatte und suchte eine Alternative, wo die Menschen in Frieden und Sicherheit leben können.

Als ich nach Wien gezogen bin, besuchte ich politische Veranstaltungen, um mit den Menschen dort zu diskutieren. Beim Volks-

stimmfest im Prater fand ich ein Zelt von der SLP und redete mit den Aktivist*innen. Sie waren eine sozialistische, marxistische Partei, womit wir eine ähnliche politische Meinung hatten.

Ich finde die SLP super, da sie vielen Menschen die Möglichkeit gibt, sich über bestimmte Themen zu informieren. Sie beteiligt sich oder veranstaltet Demos/Kundgebungen und spricht die Passant*innen an.

Vladislav Smirnov

Kämpfer*innen des Monats



Generalstreik des öffentlichen Dienstes am 22.11., allgemeiner Generalstreik am 17.1. – Tunesien kocht. Es geht gegen die Kürzungspolitik der Regierung im Auftrag des IWF. In der ersten Reihe dabei: Die Mitglieder des CWI, die unter den dortigen schwierigen Bedingungen eine revolutionäre Organisation aufbauen.



Brasilien: Kampf gegen Bolsonaro!

Am 28.10. wurde mit 55% der gültigen Stimmen der reaktionäre Ex-Militär Bolsonaro gegen Haddad von der Arbeiterpartei (PT) zum Präsidenten gewählt. Die Wahlen zum Präsidenten, zur Abgeordnetenkammer, für Teile des Senats sowie die Regionaloberhäupter zeigte das Wachstum einer neuen Rechten. Diese setzt auf Rhetorik ge-

die Regierung in eine tiefe Krise – die frühere PT-Präsidentin Dilma wurde des Amtes entthoben.

In dieser Situation konnte die Rechte Teile der Mittelklassen mobilisieren, die das Gefühl hatten, nichts von den guten Jahren vor 2014 abbekommen zu haben. Es gab auch linke Proteste, aber die PT dominierte die Gewerkschaften und sozia-

die Umfragen an. Als gegen Ende des Wahlkampfes klar wurde, dass Alckmin, der Hauptkandidat der herrschenden Klasse, keine Chance hatte, versammelten sich immer mehr Kräfte hinter Bolsonaro. Das Resultat war eine Stärkung der Rechten, mit Kandidat*innen, die sich als neu und Anti-Establishment präsentierten.

Millionen, nicht für Bolsonaro gestimmt.

Bolsonaro wird ab Jänner im Amt sein und bereitet neoliberalen Angriffe (Privatisierung, Kürzungen, Angriffe auf Arbeitsrechte und Pensionen), reaktionäre Politik gegen Frauen und LGBT-Personen sowie Rassismus und verstärkte Repression vor. Während des Wahlkampfes meinte er, dass man sich der Linken „entledigen solle“ und erklärte soziale Bewegungen wie MTST und MST (Bewegung der Landlosen Arbeiter*innen) zu Terrorist*innen.

Der Sieg Bolsonaros ist eine Niederlage, die vermieden hätte werden können. Die Linke wurde zurückgedrängt, aber die Arbeiter*innenklasse hat keine entscheidende Niederlage erlitten. Die nächste Periode wird ein Test sein für die Fähigkeit der Arbeiter*innen, zurückzuschlagen, auch wenn es ein wenig Zeit benötigt, bis die Bewegung sich von diesem Schock erholt. Das Kräfteverhältnis wird auch von konkreten Aktionen durch die Organisationen der Arbeiter*innenklasse bestimmt. Am 30. Oktober fanden bereits Massendemonstrationen statt. Es gab während der 2. Runde

Einheit der Arbeiter*innenbewegung aufbauen, um den Angriffe der neuen rechten Regierung zu kontern!

gen Korruption und gegen Linke, auf Rassismus sowie reaktionäre Positionen zu Fragen wie Kriminalität, Frauenrechte, sowie zu LGBT Personen.

Hintergrund ist die tiefe wirtschaftliche Krise von 2014-15: Das BIP brach um fast 8% ein, die Arbeitslosigkeit stieg stark. Die PT-geführte Regierung hatte zwar einige wichtige Reformen für die ärmsten Schichten umgesetzt, war aber im Wesentlichen eine Regierung für die Banken und Konzerne. Sie beschloss entgegen ihrer Versprechungen neoliberalen Kürzungen. Das führte zur Vertrauenskrise in die PT. In Folge von Untersuchung und Inhaftierungen wegen Korruption (Operation Autowäsche), geriet

len Bewegungen, um eine Erneuerung der Linken zu unterlaufen. Dass der Kampf gegen die Rechten mit der Verteidigung der PT-Regierung und ihrer Fehler verbunden wurde, schwächte ihn. Sogar als Dilma des Amtes entthoben wurde, hielt die PT die Kämpfe in Schlüsselmomenten zurück. Als der prominente PTler Lula verurteilt und inhaftiert wurde, damit er diesmal nicht antreten konnte, beschränkten sie sich darauf, seine Beliebtheit zu betonen.

Erst nach einer Messerattacke hatte Bolsonaro massive Medienpräsenz, die anderen Kandidat*innen hielten sich nun zurück. Dadurch, dass Lula nicht mehr im Rennen war, führte er

Auf der Linken versammelten sich die Kräfte jedoch hinter der PT, die ihren Kandidaten in die zweite Runde bekamen – was aber auch eine Erneuerung der Linken blockierte. Die Angst vor einem Sieg Bolsonaros führte zu einem steigenden Druck in Richtung kleineres Übel PT. Der Kandidat von PSOL, jener linken Partei, in der auch LSR (CWI in Brasilien) vertreten ist, war Boulos, Anführer der kämpferischsten sozialen Bewegung in der jüngsten Periode, der MTST (Bewegung obdachloser Arbeiter*innen). Er bekam zwar nur 0,6%, aber PSOL stellt nun sechs statt bisher zehn Abgeordnete. Gleichzeitig hat die Mehrheit der Bevölkerung, 89,5

Marcus Kollrunner,
Liberdade Socialismo
e Revolução
www.lsr-cit.org

Machtkampf in Sri Lanka

Der ehemalige Präsident Mahinda Rajapaksa wurde Ende Oktober 2018 vom aktuellen Präsidenten Sirisena zum Premierminister Sri Lankas ernannt und kam damit zurück an die Macht. Dies ist Ausdruck einer politischen und ökonomischen Krise in Sri Lanka, auf welche die bisherige Regierung keine Antworten liefern konnte. Rajapaksa hatte 2005-15 zwar offiziell den Bürgerkrieg gegen die tamilische Minderheit beendet, steht aber für eine aggressive singhalesisch-nationalistische Politik. Sein Nachfolger versprach in seinem »Hundert-Tage-Programm« eine Abkehr vom autoritären Regierungsstil und Lohn erhöhungen. Stattdessen gab es vom IWF-diktieren Kürzungen, welche ebenfalls von nationalistischer Rhetorik begleitet wurde. Konflikte um die wirtschaftliche Ausrichtung sind ein Grund für den Regime wechsel. Rajapaksa vertritt eher die Interessen chinesischer Unternehmen, der bisherige Premier war eher ein Bündnispartner von USA und Britannien. Auch hofft Präsident Sirisena im Gegenzug bei den kommenden Wahlen auf Unterstützung von Rajapaksa. Die leidtragenden sind die Armen und die Arbeiter*innen in Sri Lanka.

Leon Neureiter

Srinath Perera von der United Socialist Party (CWI in Sri Lanka) erklärt:

„Rajapaksa steht ebenso wie Sirisena für eine chauvinistische Eskalation gegen die tamilische Bevölkerung im Norden und Nordosten. Auch er wird Kürzungen durchführen. Und es droht eine Militarisierung wie schon unter seiner letzten Regierung. Unsere Kritik gilt nicht in erster Linie dem verfassungsrechtlich fragwürdigen Wechsel - sondern der Tatsache, dass eine rassistisch-neoliberalen Regierung durch eine andere rassistisch-neoliberalen Regierung ersetzt wurde. Wir treten für eine unabhängige Opposition der Arbeiter*innenklasse, von Gewerkschaft und linken Organisationen ein. Unser Aufruf für einen 24stündigen Generalstreik gegen beide kapitalistische Eliten wird in mehreren Gewerkschaften diskutiert und aufgegriffen. Für die Arbeiter*innenbewegung, aber auch für die tamilische Bevölkerung zeigt sich einmal mehr, dass man nicht auf Organisationen wie UNO oder kapitalistische Staaten hoffen kann. Es ist die tamilische und singhalesische Arbeiter*innenklasse gemeinsam, die soziale und demokratische Rechte für alle erkämpfen muss.“

Leon Neureiter



Kuba: 60 Jahre nach der Revolution

Am 1. Jänner vor 60 Jahren marschierten die Revolutionär*innen unter dem Jubel der Massen in Havanna ein. Sie hatten die vom US-Imperialismus gestützte Dikta-

partei und die Führung unter Castro übernahm die stalinistische Wirtschafts- und Staatsdoktrin. Der Zusammenbruch des Stalinismus Ende der 80er Jahre traf Kuba

Diese Tendenzen der staatlichen Bürokratie, kapitalistische Ansätze zu stärken, verstärken sich immer mehr. Von den internationalen Medien und dem Kapital werden sie als „Öffnung“ gutgeheißen. Tatsächlich „öffnet“ die KP Kuba für das Kapital, nicht aber für Demokratie von unten. Doch es braucht nicht die kapitalistische „Freiheit“, andere auszubeuten - sondern die sozialistische Freiheit, auf allen Ebenen des Lebens mitbestimmen zu können. Freiheit von kapitalistischer Ausbeutung und echte Demokratie - also Sozialismus - müssen sowohl im Kampf gegen den Imperialismus als auch die KP-Führung erreicht werden.

Gerhard Ziegler

Die Errungenschaften der Revolution müssen verteidigt werden - gegen Imperialismus und Parteibürokratie.

tur Batistas besiegt. Bis zur Revolution kontrollierten US- und britische Konzerne bis zu 90 % der Wirtschaft Kubas. Nun wurden sie enteignet. Doch Kuba orientierte sich rasch am Stalinismus: Die neu gegründete Kommunistische Partei wurde alleinige Staats-

hart. Es kam zur Umorientierung. Der US-Dollar (später CUC = konvertibler Peso) als Zweitwährung neben dem Peso (CUP) wurde eingeführt und der Tourismus als Devisenbringer stark ausgebaut. Das internationale Kapital wurde eingeladen.

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Spanien: Streik

Am 14.11. organisierten die Schüler*innen- und Studierendengewerkschaft Sindicato de Estudiantes und Libres y Combativas (feministische Plattform der spanischen Schwesterorganisation der SLP) einen Schulstreik im spanischen Staat gegen Sexismus. 1,5 Millionen Schüler*innen beteiligten sich an dem Streik und 100.000 nahmen an den über 60 landesweiten Demonstrationen teil. Auch zahlreiche feministische und LGBT-

Organisationen unterstützen den Streik. Gefordert wurde unter anderem ein Ende des Einflusses der katholischen Kirche auf die Erziehung und dafür eine bessere Ausfinanzierung des Bildungssystems. Auch stellte sich der Streik gegen die skandalösen Gerichtsurteile, bei denen Vergewaltiger straffrei ausgingen. Es war ein wichtiger Schritt für eine kämpferische feministische Bewegung..

izquierdarevolucionaria.net

Irland: #ThisIsNotConsent

Ein Gerichtsprozess im irischen Cork sorgt für Schlagzeilen. Die Verteidigung wirft dem 17-jährigen Opfer einer Vergewaltigung vor, selbst schuld zu sein, da sie aufreizende Unterwäsche getragen habe. So sollte das Opfer zur Täterin gemacht werden. In kürzester Zeit kam es in ganz Irland zu Demonstrationen unter dem Motto #ThisIsNotConsent (= „Das bedeutet keine Zustimmung“).

Viele davon wurden von ROSA, der feministischen Plattform der Socialist Party, der irischen Schwesterorganisation der SLP, organisiert.

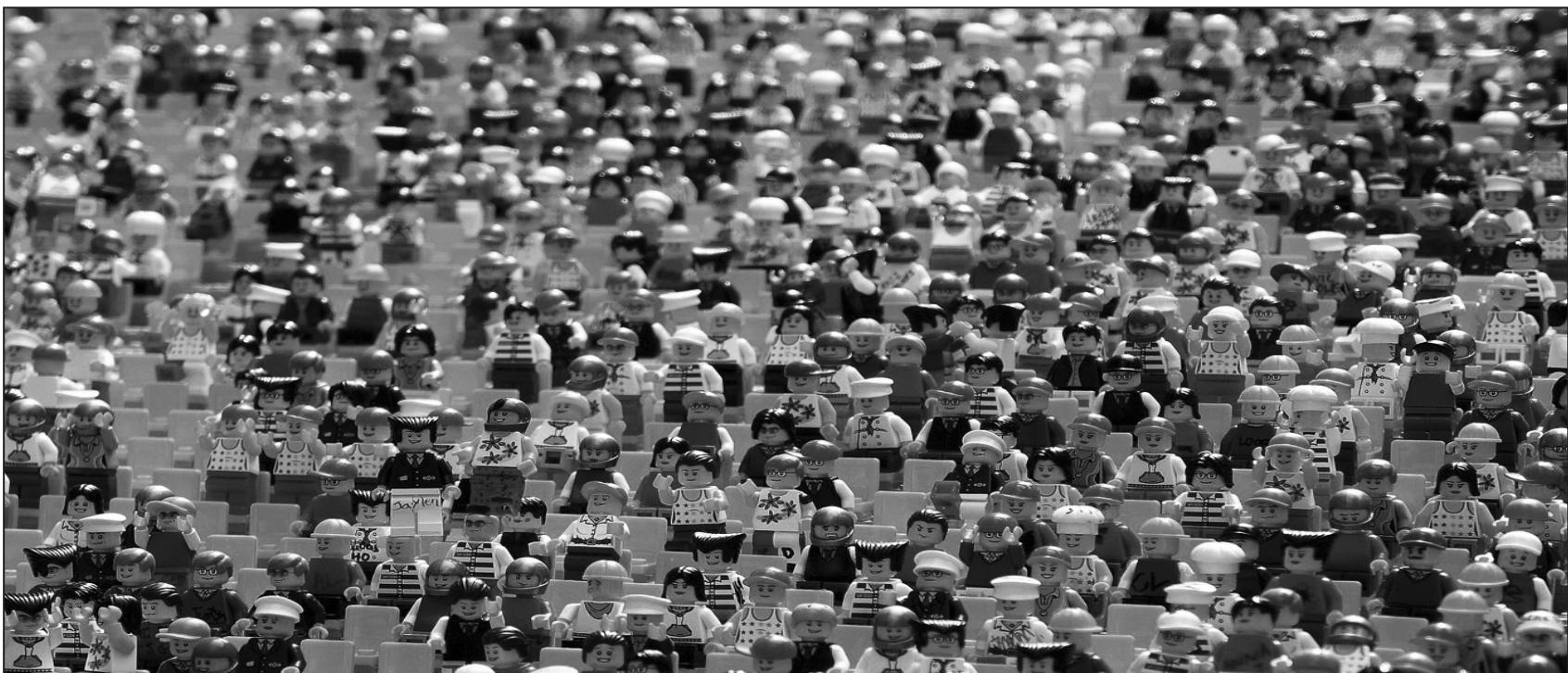
Es entwickelt sich nun eine Bewegung gegen sexualisierte Gewalt. ROSA ruft zu Streiks und Massenbewegungen, ganz nach spanischem Vorbild, am internationalen Frauentag 2019 auf.

socialistparty.ie

Russland

Sotsialisticheskaya Alternativa, die Schwesterorganisation der SLP in Russland, hatte Ende Oktober eine erfolgreiche „Sozialismus und Feminismus“-Konferenz in Moskau mit über 50, hauptsächlich jungen, TeilnehmerInnen. Diskutiert wurden unter anderem internationale Kämpfe und aktuelle Proteste in Russland. So manche Teilnehmer*in meinte am Ende der Konferenz, dass sie dem CWI beitreten möchte.

www.socialism.org.il



Zu viele Menschen? Zum Mythos der Überbevölkerung

In der bürgerlichen Presse ist oft von „Bevölkerungsexplosion“, wenn nicht gleich von einer „Bevölkerungsbombe“ die Rede. Der Bremer Soziologe Gunnar Heinsohn schreibt

Theorien der „Überbevölkerung“ schieben die Schuld vom Kapitalismus auf dessen Opfer.

in „Söhne und Weltmacht“ von einem „Überschuss“ an Söhnen, der durch Krieg und Terror korrigiert werde. Der AfD-Politiker Höcke spricht vom „afrikanischen Ausbreitungstyp“. Der Club of Rome, ein Verein von Wissenschaftler*innen, Politiker*innen und Industriellen aus aller Welt, publizierte 1972 mit „Die Grenzen des Wachstums“ eine Studie, dass das Wirtschaftswachstum mit dem Wachstum der Weltbevölkerung nicht mitkomme. Allen diesen Leuten ist ein Gedanke gemeinsam: Es gäbe zu wenig Reichtum, als dass alle Menschen ein einigermaßen gutes Leben führen könnten.

Diese Überlegungen sind nicht neu. Der erste Theoretiker, der das Problem des Verhältnisses des Bevölkerungswachs-

tums zum Wachstum des Reichtums in mathematische Formen fasste, war der britische Ökonom Thomas Robert Malthus. Er ging davon aus, dass die Bevölkerung exponenti-

Naturgesetz zu machen, während die gesellschaftlichen Bedingungen, die Armut und Hunger erzeugen, bei ihm nicht mal erwähnt werden. Karl Marx kommentiert dies in „Das Kapital“ so: „Es war natürlich weit bequemer und den Interessen der herrschenden Klassen [...] viel entsprechender, diese „Überbevölkerung“ aus den ewigen Gesetzen der Natur als aus den nur historischen Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion zu erklären.“

Nun haben jene, die heute über „Überbevölkerung“ reden, natürlich nicht nach den Ursachen von Hunger und Armut gesucht, und dann zufälligerweise in der Stadtbücherei Malthus‘ Werk „Das Bevölkerungsgesetz“ gefunden. Die herrschende Klasse hat vielmehr ein materielles Interesse daran, die kapitalistische Form der Reichtumsproduktion von ihren Voraussetzungen und Folgen zu trennen. Der Kapitalismus ist eine Art der Produktion, die nicht nach den Interessen der Produzierenden, nicht nach den Bedürfnissen der Konsumierenden, sondern allein nur nach dem Profit der

Eigentümer*innen an den Produktionsmitteln ausgerichtet ist, da der Wert einer Ware durch das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit bestimmt wird. Um den Profit zu vermehren, muss der Anteil unbezahlter Arbeit (Mehrwert) vermehrt werden. Verlängerung der Arbeitszeit, wie 12-Stunden-Tag, Lohnkürzungen und Entlassungen sind die Folge. Wer nicht mehr an diesem System der Reichtumsproduktion teilnehmen kann, ist für das Kapital nicht verwertbar und bildet einen Teil der „industriellen Reservearmee“ - die praktischerweise als Konkurrenz zu den arbeitenden Menschen eingesetzt werden kann.

In der heutigen Phase des Kapitalismus werden immer größere Teile der Menschheit zu einer „überflüssigen“, für das Kapital nicht verwertbaren Masse. Deren Regulierung, etwa in Form des Grenzregimes, gerät immer mehr in den Fokus der Außen- und Sicherheitspolitik. Auch militärische Mittel gehören mittlerweile zur Tagesordnung: Donald Trump will Flüchtlinge von der Nationalgarde an der

Grenze erschießen lassen. Und hierzulande will der FPÖ-Wehrsprecher Reinhard Bösch in Nordafrika „mit militärischen Kräften einen Raum in Besitz“ nehmen.

Tatsächlich hat die Geschichte Malthus und alle Theorien „natürlicher“ Überbevölkerung widerlegt: Der Reichtum, gemessen etwa an der Nahrungsproduktion, wächst pro Kopf an, so dass wir bereits jetzt 14 Milliarden Menschen ernähren könnten. Warum das nicht passiert, liegt, wie Marx erklärt, an der kapitalistischen Produktion. Der Kapitalismus ist eine Gesellschaftsordnung, die Natur, Arbeit und Reichtumsproduktion zum Zweck der Verwertung um der Verwertung willen als ihre Grundlage hat. Wir wollen eine Gesellschaft, in welcher, jene, die produzieren und konsumieren, die Produktion in ihre eigenen Hände nehmen - um die konkreten menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen. In einer solchen Gesellschaft ist kein Mensch „zu viel“. Eine solche Gesellschaft nennen wir: Sozialismus.

Oliver Giel

Fünf Gründe, warum...

1 Weil es zwar super ist, sich zu informieren und seine Meinung mit Likes & Co. kundzutun, wir dabei aber in unserer „Blase“ bleiben. Um wirklich erfolgreich zu sein, müssen wir Leute darüber hinaus erreichen.

...die Regierung nicht mit Petitionen, Demos oder Volksbegehren gestürzt wird.

2 Weil eine Unterschrift die Regierung nicht beeindruckt. Es ist ein erster, für viele mutiger Schritt, Petitionen oder Volksbegehren offiziell zu unterschreiben. Doch das allein wird Schwarz-Blau nicht von ihren Plänen abhalten. Das haben wir beim „Don't smoke“ Volksbegehren gesehen.

eine Unterschrift ist aber ein Mittel, um weiteren Widerstand aufzubauen.

4 Weil auch Demos den Herrschenden nicht wirklich weh tun. Damit Demonstrationen mehr als die Teilnehmer*innen erreichen, müssen wir Passant*innen ansprechen. Damit der nächste Schritt getan wird,

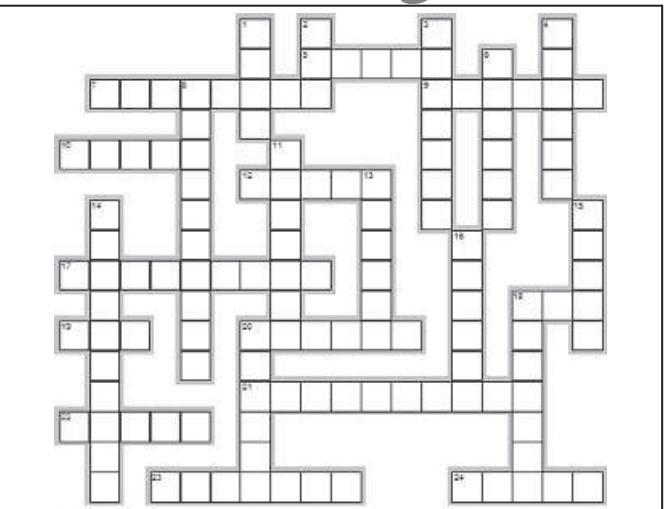
Moritz Bauer

3 Weil Petitionen ein Werkzeug sind, um ins Gespräch zu kommen, aber nicht, um eine Regierung zu stürzen. Dafür müssen wir uns darüber hinaus vernetzen und organisieren. Das Sammeln und Werben für

nämlich sich zu organisieren, müssen den Demoteilnehmer*innen Angebote zum Aktivwerden angeboten werden.

5 Weil es letztlich nicht darum geht, wer die besseren Argumente, sondern wer die Macht hat. Um die Angriffe der Regierung abzuwehren und sie zu stürzen, müssen wir Maßnahmen ergreifen, die es den Herrschenden und ihren Geldgebern (wie z.B. der KTM-Chef, der Kurz 436.563 Euro gespendet hat) zu teuer macht, sich durchzusetzen. Mit Streiks wird ihnen die Grundlage entzogen, auf der sie Profite machen. Das trifft sie wirklich und kann sie dazu bringen, von ihren Plänen abzugehen – und sogar Regierungen stürzen.

Moritz Bauer



Waagrecht

5 US-Vizepräsident **7** US-Legislative **9** Steuer für diesen Großkonzern wurde in Seattle erkämpft **10** Heimat von Sheldon Cooper **12** Mächtiger Mann mit schlechter Frisur **17** Hier gab es Proteste gegen den „Muslim Ban“ **18** Bewegung gegen Gewalt an Schwarzen **19** Größte Imperialistische Macht **20** Kampfform der Arbeiter*innenklasse **21** Internationaler Warenaustausch **22** Demonstrierte in Charlottesville **23** Hotspot von 15Now **24** US Politikerin und französische Stadt

Senkrecht

1 Anzahl großer Parteien in den USA **2** Paketzustellfirma **3** 2017 von Nazis ermordete Antifaschistin **4** Suchmaschine mit Sexismusproblem **6** US-Marxist der 1930er **8** Obama-Care deckt sie nur teilweise ab **11** Unmutsäußerung **13** Führende Demokratin im Repräsentantenhaus **14** US Finanzmarktzentrum **15** Früherer US-Präsident **16** Neffe von Dagobert **18** 1.000.000.000.000 **20** Sozialistische Abgeordnete in Seattle

Sende Kopie oder Foto des fertigen Rätsels „USA“ an slp@slp.at oder SLP, Pappenheimg. 2/1, 1200 Wien – unter allen Einsendungen verlosen wir ein Vorräts-Jahresabo.

Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

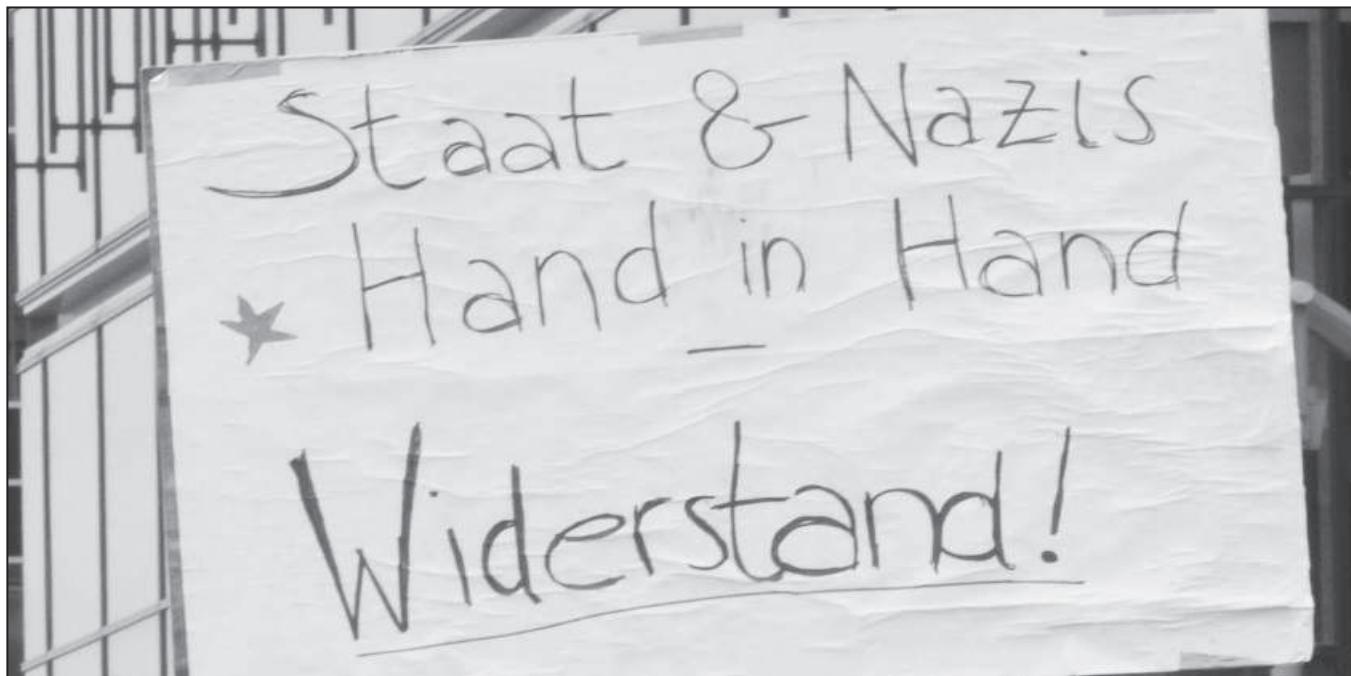
- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch

- bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.

- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechts-extreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand

- und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnen-politik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu

- regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



Antifaschismus in die Offensive!

Ende Februar 2018: Razzia beim Verfassungsschutz, geführt vom FPÖler

bei den Verhandlungen des Untersuchungs-Ausschusses wurde ein Neo-

parteikollege Waldhäusl steckt jugendliche Ge- flüchtete ohne Begleitung

Umfeld von Staat und Regierung offenbar pudelwohl. Das zeigt vor allem: Im Kampf gegen Rassismus und Faschismus können wir uns nicht auf den Staat verlassen! Wir brauchen unabhängige antifaschistische Strukturen mit gewerkschaftlicher Unterstützung, um erfolgreich auf der Straße und in den Betrieben gegen Rechtsextremismus zu kämpfen!

Peter Hauer

Rechtsextreme nisten sich im Staatsapparat ein. Höchste Zeit für Widerstand!

Preiszler. Was auch immer Kickl & Co dadurch vertuschen wollten - Die BVT-Affäre brachte zu Tage, wie tief Rechtsextreme im Staatsapparat verankert sind. Sogar

nazi als Wachpersonal eingesetzt ist. Landbauer, bekannt durch die NS-Liederbuch Affäre, ist mittlerweile FPÖ-Klubobmann in Niederösterreich. Sein Landes-

in ein Lager, wo diese nur eine Stunde Ausgang haben, und dies nur in Begleitung von Securities. Die Liste lässt sich fortführen. Rechtsextreme und Nazis fühlen sich im

Termin

**5.1.2019:
Frauen &
Sozialismus**

Die sozialistisch-feministische Organisation „Nicht mit Mir“ veranstaltet in Wien ein Seminar zum Mitdiskutieren. Es geht um Grundsätzliches und Aktuelles und Praktisches.

Infos
unter FB/Nichtmitmir
Anmeldung
unter info@nichtmitmir.at.

Treffpunkte

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Café Stockwerk'
Jakominiplatz 18

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Alte Welt'
Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

VOCKLABRUCK

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im 'Café Mayr'
Bahnhofstraße 1

WIEN

SLP Wien West
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
Buchhandlung
'Libreria Utopia'
15; Preisingergasse 26 - 28
(Nähe U3 Schwickerstraße)

SLP Brigittenau 1
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau 2
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

**Gibt es nicht aus Profitstreiben.
Gibt es aus Überzeugung.**

Jetzt abonnieren!

Normal-Abo: € 24,-
Sozial-Abo: € 14,-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7,- /Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 256000000000 8812733
BIC: OPSKATWW



www.slp.at | slp@slp.at | [/slp.cwi](https://slp.cwi)

> Berichte
> Hintergründe
> Analysen
aus sozialistischer Sicht.

